

Die grossen jüdischen Gemeinden haben ihren Sicherheitsaufwand laufend erhöht – für die Kosten zeichnet sich eine Beteiligung des Bundes ab

Gehör bei den Behörden

ANDREAS SCHNEITTER

Schusssichere Scheiben, neue Videoüberwachung, mehr Personal. Die Israelitische Gemeinde Basel (IGB) hat die Sicherheitsvorkehrungen ihres Gemeindeareals auf Ende Jahr spürbar erhöht, wie aus einer Mitteilung der IGB hervorgeht. Darüber hinaus werden die Gemeindemitglieder dazu angehalten, Gespräche nicht auf dem Trottoir vor dem Geländeeingang, sondern erst drinnen zu führen, und die Türen auf dem Areal verschlossen zu halten.

Die Ankündigung fällt zeitlich in eine Phase, in der besonders die Sicherheit jüdischer Institutionen erhöhte Aufmerksamkeit erfährt. Nach den Anschlägen in Paris im vergangenen November fahndeten die Behörden in Genf nach den mutmasslichen Urhebern eines geplanten Anschlages, und vergangene Woche wurde in Zürich von der Polizei ein Strassenabschnitt vor einer jüdischen Schule gesperrt, nachdem sich verdächtige Personen dort aufgehalten hätten (*tachles* berichtete).

Hohe Personalkosten

Mit diesen jüngsten Ereignissen stehen die erneuerten Massnahmen der IGB jedoch nicht in direktem Zusammenhang, wie IGB-Präsident Guy Rueff erklärt: «Dass wir die Videoanlage erneuern mussten, war seit Monaten klar, weil sie nur mangelhafte Bilder geliefert hatte. Auch der schusssichere Einfahrtsschutz und die neuen Scheiben sind seit längerem geplant.» Wie alle anderen jüdischen Gemeinden der Schweiz wird auch die IGB ihre erweiterten Sicherheitskosten selbst tragen müssen. «Der Sicherheitsposten für das Budget für 2016 wird sicher um eine sechsstellige Summe höher ausfallen», sagt Rueff. Dies vor allem zulasten des zusätzlichen Sicherheitspersonals. «Die erneuerte Sicherheitsinfrastruktur hat natürlich auch ihren Preis, aber den Grossteil machen die Personalkosten aus.» Rueff rechnet damit, dass das erhöhte Budget von der Gemeinde bewilligt werden wird, «angesichts der jüngsten Entwicklungen sind kaum schlüssige Gegenargumente vorstellbar. Finanziell übersteigt der Aufwand mit der Zeit jedoch die Möglichkeit der Gemeinde.»

Wie in Zürich, wo der Sicherheitsaufwand der Israelitischen Cultusgemeinde (ICZ) mit rund 800 000 Franken pro Jahr noch höher ist als in Basel, hat die IGB mit den kantonalen Behörden Gespräche um eine Kostenbeteiligung geführt. «Wir haben uns mit dem kantonalen Sicherheitsdirektor Baschi Dürr

«Das Dossier wird an Bundesrat Parmelin weitergereicht werden.»

getroffen und unser Anliegen mitgeteilt», so Rueff. Die Gespräche sollen im kommenden Jahr weitergeführt werden. Auch in Zürich ist die ICZ seit längerem in Verhandlungen mit der Stadt.

Parmelin übernimmt Dossier

Wahrscheinlich ist, dass die Beteiligung auf Bundesebene gelöst wird. Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), hat kürzlich die Schaffung von Arbeitsgruppen angekündigt, die Schutzmassnahmen für jüdische Einrichtungen erarbeiten sollen – eine Massnahme, auf die jüdische Verbände seit längerem pochen. Wie die Arbeitsgruppen aussehen sollen, ist noch nicht definiert. Voraussichtlich wird der Kanton Zürich einen ersten Modellfall darstellen, in der Arbeitsgruppe werden Vertreter der ICZ, des Kantons, der Stadt und des VBS Einsitz nehmen. Die Arbeit soll im Januar aufgenommen werden, wie Jonathan Kreutner, Generalsekretär des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG), bestätigt. Grund: die Bundesratswahlen. Der

bisherige Amtsvorsteher Ueli Maurer, der die Arbeitsgruppen nach Gesprächen mit dem SIG angekündigt hat, wird ins Finanzministerium wechseln, sein neugewählter Parteikollege Guy Parmelin ins VBS nachrücken. Dadurch sei die Planung wohl verzögert worden, sagt Kreutner, an der Idee der Arbeitsgruppen werde jedoch festgehalten: «Das Dossier wird an Bundesrat Parmelin weitergereicht werden, hat man uns aus dem Departement bestätigt», so Kreutner. Dass Terrorabwehr beim Bundesrat eine erhöhte Aufmerksamkeit geniesst, hat der Rat mit seinen Beschlüssen vergangene Woche deutlich gemacht. Im Bereich Terrorismusbekämpfung wird das Personal im Nachrichtendienst, dem Bundesamt für Polizei, der Grenzschutz und dem Staatssekretariat für Migration aufgestockt, um der erhöhten Terrorbereitschaft in Europa begegnen zu können. Die neuen Massnahmen betreffen die «gesamthafte Interessen von zusätzlichen nachrichtendienstlichen und polizeilichen Abklärungen», wie das VBS auf Nachfrage verklaustriert mitteilte – somit auch die Sicherheitsbedürfnisse jüdischer Einrichtungen. ●



Der Sicherheitsaufwand der Gemeinden in Zürich ist deutlich höher als in Basel.